**Deutscher Bundestag** **Drucksache 17/1340**

**17. Wahlperiode** 09. 04. 2010

# Antwort

## der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**
**– Drucksache 17/1133 –**

## Fortgesetzte Rücküberstellungen nach Griechenland im Rahmen der Dublin-II-Verordnung

Elektronische Vorab-Fassung*

Vorbemerkung der Fragesteller

Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren einstweiligen Anordnungen entschieden (und so auch viele Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichte in mehr als 150 Fällen; vgl. Bundestagsdrucksache 17/203, Anlage 1), dass Dublin-Überstellungen nach Griechenland wegen Zweifeln am dortigen Asylsystem derzeit auszusetzen sind. Das Verfassungsgericht entschied ausdrücklich unabhängig von der Frage, ob eine „besondere Schutzbedürftigkeit“ im Einzelfall vorlag oder nicht – worauf jedoch das Bundesministerium des Innern abstellt. Für den Sommer 2010 wurde eine Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts angekündigt, das dabei auch seine Einschätzung aus dem Jahr 1996 zur Drittstaatenregelung des „Asylkompromisses“ überprüfen will (vgl. Pressemitteilung des Gerichts Nr. 137/2009 vom 9. Dezember 2009).

Obwohl das Bundesverfassungsgericht noch keine Entscheidung in der Hauptsache gefällt hat, lässt seine mehrfach gleichlautende Abwägung, wonach die zu befürchtenden Nachteile einer Abschiebung schwerer wögen als das Interesse an einer Durchsetzung der Dublin-II-Verordnung, erkennen, dass es die derzeitigen Aufnahmebedingungen und Qualitätsmängel im Asylverfahren in Griechenland als unzureichend ansehen wird. Angekündigt ist eine Prüfung, in welchen Fallkonstellationen vorläufiger Rechtsschutz gegen Überstellungen innerhalb der EU gewährt werden muss und „welche Auswirkungen der europarechtliche Grundsatz der Solidarität […] bei einer erheblichen Überlastung des Asylsystems eines Mitgliedstaates“ hat.

Das Bundesverfassungsgericht wird somit vermutlich Verbesserungen des EU-Asylsystems anmahnen, wie sie auch von der EU-Kommission zum Teil bereits vorgeschlagen wurden. Besonders heikel ist deshalb die Positionierung der Bundesregierung in den EU-Gremien, die darauf hinausläuft, eine Fortentwicklung des europäischen Asylsystems davon abhängig machen zu wollen, dass die EU-Mitgliedstaaten (gemeint ist insbesondere Griechenland) zunächst ihren rechtlichen Verpflichtungen nachkommen. Denn die von irregulärer Migration und Asylsuche derzeit besonders betroffenen Länder mit EU-Außengrenzen fordern ihrerseits seit längerem eine gerechtere Verantwortungsteilung und

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 1. April 2010 übermittelt.*
*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

mehr „Solidarität“ innerhalb der EU, damit sie ihren Verpflichtungen nachkommen können. Somit drohen die dringend erforderlichen Änderungen des EU-Asylsystems auf die lange Bank geschoben zu werden. Deutschland profitiert als Kernland der EU ohne Landesaußengrenzen vom derzeitigen EU-Asylsystem. Die Bundesregierung will Griechenland nun vor allem dabei helfen, seine Grenzen effektiver abzuschotten, sowie für eine Durchsetzung des griechisch-türkischen Rückübernahmeabkommens eintreten, wie der Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, im Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 9. Februar 2010 erklärte.

In der Praxis hält die Bundesregierung trotz der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts an Rücküberstellungen nach Griechenland grundsätzlich fest. Den Betroffenen wird dabei häufig die Gelegenheit genommen, vorläufigen gerichtlichen Rechtsschutz zu erlangen, indem ihnen ein Überstellungsbescheid erst im Rahmen der Rücküberstellung ausgehändigt wird, so dass ein Zugang zu den Gerichten faktisch versperrt ist. Die Bundesregierung erklärte hierzu lapidar (Bundestagsdrucksache 17/203, Frage 5): „Die Frage, ob und in welcher Form Asylbewerber, die eine Überstellung nach Griechenland verhindern wollen, gerichtlichen Rechtsschutz in Anspruch nehmen sollen oder müssen, muss von jedem Betroffenen für sich beantwortet werden“. Die Neue Richtervereinigung zeigte sich in einer Presseerklärung vom 23. November 2009 „entsetzt“ über die Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 16/14169. Der Umgang der Bundesregierung mit den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts und der Fachgerichte zeuge „von einer unglaublichen Respektlosigkeit“ und gefährde „die Menschenwürde der Asylsuchenden sehenden Auges“.

Das Justizministerium in Schleswig-Holstein hat in einem Erlass vom 1. Februar 2010 verfügt, dass aufenthaltsbeendende Maßnahmen mindestens sieben Tage vor einer Überstellung anzukündigen sind, damit die Betroffenen rechtzeitig Rechtsschutz suchen können. Die schwarz-gelb regierten Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg verzichten bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in der Hauptsache grundsätzlich auf Rücküberstellungen nach Griechenland. Das Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder ordnete mit Beschluss vom 3. Februar 2010 (VG 5 L 314/09.A) sogar die Rückholung eines bereits nach Griechenland Überstellten an, nachdem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine gerichtliche Entscheidung im Eilverfahren nicht abgewartet hatte.

1. Geht die Bundesregierung davon aus, dass das Bundesverfassungsgericht bis zur angekündigten Grundsatzentscheidung im Sommer 2010 bei Abwägungen im einstweiligen Rechtsschutzverfahren anders als in den bisherigen Fällen zu dem Ergebnis kommen könnte, dass Überstellungen nach Griechenland (wieder) zumutbar seien?

   a) Wenn ja, worauf stützt die Bundesregierung ihre diesbezügliche Auffassung konkret, insbesondere angesichts des Umstands, dass das Bundesverfassungsgericht seine Bewertung bislang einheitlich, mehrfach und nahezu wortgleich begründet hat (bitte ausführen)?

   b) Wenn nein, wieso hält sie grundsätzlich an Rücküberstellungen nach Griechenland fest, wenn klar ist, dass alle Betroffenen, die den Rechtsweg – notfalls bis zum Bundesverfassungsgericht – beschreiten, eine Überstellung nach Griechenland auf gerichtlichem Wege verhindern können?

Die Bundesregierung gibt keine Einschätzung zu künftigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ab.

2. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts (13 MC 166/09, B. v. 19. November 2009), das „in Anbetracht der Aktualität der verfassungsgerichtlichen Entscheidungen keinen

elektronische Vorab-Fassung*

Anlass“ sieht, „weitere Erwägungen zu der Frage der dem Antragsteller individuell drohenden Nachteile infolge einer Rücküberstellung anzustellen“, da es „keinerlei Anhaltspunkte dafür [gibt], dass sich die Situation des Antragstellers in Griechenland besser darstellen würde, als die Situation der Asylbewerber in den vom Bundesverfassungsgericht entschiedenen Fällen“ (bitte begründen)?

a) Wenn ja, wieso hält sie an ihrer Praxis fest, nur bei „besonders schutzbedürftigen“ Personen vom Selbsteintrittsrecht Gebrauch zu machen?

b) Wenn nein, oder wenn sie sich zu dem genannten Beschluss nicht äußern will, wieso hält sie an ihrer Praxis fest, nur bei „besonders schutzbedürftigen“ Personen vom Selbsteintrittsrecht Gebrauch zu machen, obwohl das Bundesverfassungsgericht in seinen Entscheidungen feststellt, dass es auf eine solche Unterscheidung angesichts der Mängel im griechischen Asylsystem gerade nicht ankommt?

Die Bundesregierung sieht keine Veranlassung, zu der Entscheidung des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts Stellung zu nehmen. Zur gegenwärtigen Überstellungspraxis und zur Ausübung des Selbsteintrittsrechts wird auf die Antworten der Bundesregierung zu Frage 1 der Kleinen Anfrage in Bundestagsdrucksache 17/203 und zu Frage 2 der Kleinen Anfrage in Bundestagsdrucksache 16/14149 verwiesen.

3. Was genau sind die Inhalte der Änderungen des griechischen Asylsystems vom Sommer 2009, wie ist seitdem die Struktur und der genaue Ablauf des griechischen Asylverfahrens (welche Stellen entscheiden in welchen Fallkonstellationen bzw. in welchen Verfahrensschritten, wie sind diese Stellen besetzt usw.), und welche Erkenntnisse liegen über die Auswirkungen dieser Änderungen in der Praxis vor?

Die Änderungen des griechischen Asylverfahrens vom Sommer 2009 zielen auf eine Dezentralisierung, Kapazitätsausweitung und damit Beschleunigung des Asylverfahrens. Sie sehen vor, neben der Ausländerbehörde von Attika („Petrou Ralli“) und Thessaloniki auch bei den Polizeidirektionen aller 52 Präfekturen Asylkommissionen einzurichten. Entscheidungen über Asylanträge soll der jeweilige Leiter der Behörde treffen; ihm zur Seite steht ein beratender Ausschuss bestehend aus zwei Vertretern der Präfektur, einem Vertreter der Polizei und einem Vertreter des UNHCR oder anderen Menschenrechtsorganisationen. Zur zweiten Instanz wird der Staatsrat, das oberste Verwaltungsgericht bestimmt, der als Revisionsinstanz fungieren soll. Die bisherige 2. Instanz in der Form von Asyl-Berufungskommissionen ist ersatzlos gestrichen worden. Zur Entscheidungsinstanz für die noch anhängigen Berufungsverfahren wurde der stellvertretende Innenminister bestimmt.

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind in der Folge zwar in allen größeren Städten die neuen Asylkommissionen eingerichtet worden. Mögliche Übergangsschwierigkeiten dürfte könnten auch daran liegen, dass die Anträge der Asylbewerber nicht durch die Behörden auf die neuen Asylkommissionen verteilt wurden und die Asylbewerber es vorzogen, in Athen zu bleiben und ihren Antrag dort zu stellen bzw. das Verfahren dort zu betreiben. Zur Situation der sog. Dublin-Rückkehrer vgl. Antwort auf Frage 10.

Im Oktober 2009 hat die neue griechische Regierung angekündigt, das Asylverfahren nochmals und von Grund auf zu reformieren; Kernstück der geplanten Reform ist eine unabhängige Asylbehörde. Dies soll im Laufe des Jahres 2010 geschehen.

elektronische Vorab-Fassung*

4. Wie viele Asylverfahren waren Ende 2009 in Griechenland anhängig und noch nicht entschieden, und wie hoch war die Anerkennungsquote im Jahr 2009 in Griechenland (bitte jeweils auch nach den verschiedenen Entscheidungsinstanzen unterscheiden und gegebenenfalls Angaben zu anderen Zeiträumen machen, soweit diese vorliegen)?

Nach Angaben des Ministeriums für Bürgerschutz in Athen wurden im Jahr 2009 12 727 neue Asylanträge gestellt. In der ersten Instanz sind 29 501 Anträge bearbeitet worden; darunter sind auch 2008 gestellte Asylanträge. In der zweiten Instanz sind 12 095 Anträge neu gestellt und 870 bearbeitet worden. Als „unerledigt“ sind in der ersten Instanz 3 122 Fälle ausgewiesen, in der zweiten Instanz 45 079 Fälle. Die Anerkennungsquote in der ersten Instanz betrug 0,09 Prozent, zusätzlich wurde in 0,31 Prozent der Fälle humanitärer Schutz gewährt. In der zweiten Instanz wurden in 2,87 Prozent der Anträge Asyl gewährt, zusätzlich ist in 1,26 Prozent der Fälle humanitärer Schutz gewährt worden.

5. Wie begründet die Bundesregierung ihre Hoffnung auf Verbesserungen im griechischen Asylsystem (vgl. Bundestagsdrucksache 16/14149, Frage 29), z. B. infolge der Änderungen des griechischen Asylsystems vom Sommer 2009 (u. a. Dezentralisierung) angesichts des Umstands, dass der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) in einer Pressemitteilung vom 15. Mai 2009 erklärte, dass gerade diese Änderungen die Unabhängigkeit und Objektivität der zweiten Instanz gefährden und damit unter anderem die einheitliche Anwendung der Genfer Konvention und internationalen und europäischen Rechts und ein faires Verfahren „aufs Spiel“ gesetzt würden?

Die Bundesregierung geht davon aus, dass die griechische Regierung die erforderlichen Schritte unternimmt, um Probleme im griechischen Asylsystem zu beseitigen – sowohl in Bezug auf gesetzgeberische Maßnahmen zur Reform des Asylrechts als auch auf praktische Maßnahmen in der Verwaltung. Zur Dezentralisierung des Asylverfahrens durch den Präsidialerlass vom Sommer 2009 hat die Bundesregierung in ihrer Antwort zu Frage 29 der Kleinen Anfrage in Bundestagsdrucksache 16/14149 darauf hingewiesen, dass es noch zu früh sei, Aussagen über Auswirkungen des neuen Verfahrens zu treffen; im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

6. Wie begründet die Bundesregierung ihre Hoffnung auf Verbesserungen im griechischen Asylsystem angesichts des Umstands, dass alle eine Überstellung nach Griechenland untersagenden Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts nach den und in Kenntnis der Änderungen vom Sommer 2009 ergangen sind?

7. Wie begründet die Bundesregierung ihre Hoffnung auf Verbesserungen im griechischen Asylsystem angesichts der derzeitigen massiven allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Griechenland, die eine Verbesserung des Asylsystems aus Sicht der griechischen Regierung womöglich nicht als vordringlich erscheinen lassen?

8. Wie begründet die Bundesregierung ihre Hoffnung auf Verbesserungen im griechischen Asylsystem angesichts des Umstands, dass sich bereits ihre Hoffnung auf positive Veränderungen infolge der Umsetzung von EU-Richtlinien im Juli 2008 nicht realisiert hat?

Es wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

elektronische Vorab-Fassung*

9. Ist es zutreffend, dass der UNHCR seit April 2008 einen generellen Stopp von Überstellungen nach Griechenland fordert, und wie weit geht diese Forderung in die Überlegungen der Bundesregierung ein (bitte begründen)?

Der Bundesregierung ist bekannt, dass der UNHCR befürwortet, keine Überstellungen von Asylbewerbern gemäß der Dublin-Verordnung nach Griechenland durchzuführen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 der Kleinen Anfrage in Bundestagsdrucksache 16/14149 verwiesen.

10. Ist es zutreffend, dass der UNHCR sich seit Juni 2009 nicht mehr am griechischen Asylsystem beteiligt, und geht die Bundesregierung damit ebenfalls nicht mehr davon aus, dass der Zugang zum Asylverfahren „grundsätzlich“ gegeben sei, wie der UNHCR in früheren Stellungnahmen geschrieben hatte?

Nach Kenntnis der Bundesregierung trifft es zu, dass der UNHCR seine Beteiligung am griechischen Asylsystem eingestellt hat, er wirkt allerdings weiterhin an der Ausbildung von zusätzlichen Befragern mit. In die aktuelle Diskussion zur Reform des griechischen Asylsystems ist der UNHCR eingebunden.

Die Bundesregierung ist weiter der Auffassung, dass Asylbewerber, die nach der Dublin-Verordnung von Deutschland nach Griechenland überstellt werden, grundsätzlich Zugang zu einem Asylverfahren haben.

11. Welche bundesdeutsche Behörde genau bestimmt in welchen Fallkonstellationen (z. B. Einreise mit oder ohne Asylantragstellung, Praxis in den Flughäfen, bei Aufgriffen innerhalb der 30-km-Zone usw.) in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt darüber, dass eine Rücküberstellung nach Griechenland im Rahmen der Dublin-II-Verordnung erfolgen soll?

Nach Bestimmung der Zuständigkeit eines Mitgliedstaates bzw. Islands, Norwegens oder der Schweiz (entweder durch dessen Zustimmung oder aufgrund des Übergangs der Zuständigkeit) informiert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Bundespolizei oder die zuständige Ausländerbehörde über die Möglichkeit einer Überstellung in den betreffenden Mitgliedstaat bzw. nach Island, Norwegen oder in die Schweiz. Gleichzeitig erfolgt die Mitteilung, ob die Überstellung auf dem Luft-, dem Wasser- oder dem Landweg erfolgen soll. Die Art der Überstellung wird entweder durch den zuständigen Mitgliedstaat vorgegeben (wenn dieser z. B. eine Überstellung auf dem Luftweg wünscht), durch diesen freigestellt (dann wählt die Bundespolizei bzw. die Ausländerbehörde die zweckmäßigste Art der Überstellung aus) oder ist durch die Gegebenheiten vorgegeben (Überstellungen nach Griechenland erfolgen z. B. auf dem Luftweg).

Das Bundesamt teilt der Bundespolizei oder der zuständigen Ausländerbehörde einen Zeitraum mit, innerhalb dessen die Überstellung zu erfolgen hat. Die Überstellung geschieht im Rahmen des Beschleunigungsgebotes so schnell wie möglich innerhalb der durch die Dublin-Verordnung vorgegebenen sechsmonatigen Frist (Artikel 19 Absatz 4 bzw. Artikel 20 Absatz 2 der Verordnung). Bei Dublin-Überstellungen nach Griechenland wird grundsätzlich, sofern nicht in sogenannten Haftfällen eine zügige Überstellung geboten ist, die sechsmonatige Überstellungfrist ausgenutzt, um durch eine zeitliche Streckung der Überstellungen zu einer Entlastung des griechischen Asylsystems beizutragen.

Dieses Verfahren findet in allen Fällen der Dublin-Verordnung Anwendung.

elektronische Vorab-Fassung*

12. Welche Behörden vollziehen Dublin-Überstellungen in welchen Fallkonstellationen, und inwieweit handeln sie dabei in eigener Zuständigkeit bzw. in Amtshilfe für eine andere Behörde?

Die Bundespolizei führt Zurückschiebungen als Dublin-Überstellungen in eigener Zuständigkeit durch, wenn sie die betroffene Person zuvor nach einer unerlaubten Einreise im grenznahen Raum oder einem Flughafen festgestellt hat. Das eigentliche Dublin-Verfahren gemäß der Dublin-Verordnung zur Vorbereitung der Überstellung wird auch in diesen Fällen grundsätzlich vom Bundesamt durchgeführt. Ausnahmen hiervon bilden Dublin-Verfahren mit der Tschechischen Republik, dem Königreich Dänemark und der Republik Österreich; mit diesen Staaten wurden Vereinbarungen im Sinne von Artikel 23 der Dublin-VO getroffen, die es der Bundespolizei ermöglichen, gemäß § 3 der Verordnung zur Neufassung der Asylzuständigkeitsbestimmungsverordnung vom 2. April 2008 (BGBl I. S. 645 ) Dublin-Verfahren durchzuführen.

Im Übrigen führt die Bundespolizei im Rahmen von Vollzugshilfe Rückführungen für die veranlassenden Länder durch, wenn sie – und nicht die Vollzugsbehörden der Länder – hierum gebeten wird.

13. Bei welcher Behörde liegt grundsätzlich die Verantwortung dafür, den Rechtsschutz der Betroffenen sicherzustellen, etwa indem Überstellungsbescheide mit einer mehrtätigen Frist übergeben werden?

Gemäß §§ 31 Absatz 1, Satz 4 und 5 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) erfolgt die Zustellung der Entscheidung über den Asylantrag und der Abschiebungsanordnung an den Asylbewerber in Fällen, in denen gemäß § 27a AsylVfG ein anderer Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist, entweder durch das Bundesamt bzw. – soweit die Bundespolizei das eigentliche Dublin-Verfahren selbst durchführt (vgl. Antwort zu Frage 12) – die Bundespolizei oder durch die für die Abschiebung oder die Durchführung der Abschiebung zuständige Behörde. In der Praxis erfolgt die Zustellung durch die für die Abschiebung oder die Durchführung der Abschiebung zuständige Behörde; dies ist – vorbehaltlich der Zuständigkeit der Bundespolizei (siehe Antwort zu Frage 12) – entweder die Ausländerbehörde oder die von der Ausländerbehörde zur Durchführung der Abschiebung eingeschalteten Vollzugsbehörden des Bundes oder der Länder. Bei den jeweils beteiligten Behörden liegt die Zuständigkeit und Verantwortung für die Einhaltung des gesetzlich vorgegebenen Verfahrens.

14. Wie viele der 200 Überstellungen nach Griechenland im Jahr 2009 wurden in Zuständigkeit einer Bundesbehörde (welcher?) bzw. durch eine Bundesbehörde vollzogen?

Im Jahr 2009 hat die Bundespolizei in eigener Zuständigkeit 75 Zurückschiebungen als Dublin-Überstellungen nach Griechenland vollzogen. Im Rahmen von Vollzugshilfe hat die Bundespolizei im Jahr 2009 insgesamt 100 Rückführungen als Dublin-Überstel-

lungen für die veranlassenden Länder durchgeführt. Eine Statistik, durch welche Behörde eine Überstellung in einen Mitgliedstaat bzw. nach Norwegen, Island oder in die Schweiz erfolgt, wird nicht geführt.

15. Wäre es für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge möglich, Amtshilfeersuchen zur Durchsetzung einer beabsichtigten Rücküberstellung nach Griechenland erst dann zu stellen, wenn den Betroffenen mindestens

elektronische Vorab-Fassung*

eine Woche zuvor schriftlich die beabsichtigte Überstellung angekündigt wurde?

Wenn ja, warum ordnet das Bundesinnenministerium eine solche Praxis nicht an, damit die Betroffenen rechtliches Gehör finden können, und wenn nein, warum nicht?

Die betroffene Person wird bereits frühzeitig über die Einleitung eines Ersuchens um Übernahme an einen Mitgliedstaat und damit über eine mögliche Überstellung dorthin informiert.

Bei einem sogenannten Aufgriff (illegaler Grenzübertritt und kein Asylantrag) in der Bundesrepublik Deutschland erfolgt die entsprechende Information, wonach ein Ersuchen um Übernahme an einen Mitgliedstaat bzw. an Norwegen, Island oder die Schweiz gerichtet wurde, durch die zuständige Stelle. Dies ist in der Regel die Bundespolizei.

Bei Asylantragstellung erfolgt gemäß Artikel 4 i. V. m. Artikel 18 der sog. EURODAC-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 2725/2000 vom 11. Dezember 2000, ABl. L 316 vom 15. Dezember 2000, S. 1) eine schriftliche Belehrung durch das Bundesamt darüber, dass die Mitgliedstaaten Angaben und Unterlagen zur sachgerechten Prüfung des Asylantrages bzw. zur Prüfung der Zuständigkeit gem. der Dublin-Verordnung austauschen. Ebenfalls erfolgt eine schriftliche Belehrung gemäß Artikel 3 Absatz 4 Dublin Verord- nung, dass eine Prüfung der Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens stattfindet.

Parallel zu der Stellung eines Ersuchens um Übernahme durch das Bundesamt an einen Mitgliedstaat bzw. an Norwegen, Island oder an die Schweiz erfolgt grundsätzlich die Information an die zuständigen Stellen, dass an einen Mitgliedstaat ein Ersuchen um Übernahme gerichtet wurde.

Dann ergeht eine Mitteilung des Bundesamtes an die zuständige Stelle (Ausländerbehörde oder Bundespolizei), wonach der zuständige Mitgliedstaat bzw. Norwegen, Island oder die Schweiz der Übernahme zugestimmt hat bzw. die Zuständigkeit übergegangen ist mit der Bitte um Übermittlung der genauen Überstellungstermins und – sofern nicht vom um Übernahme ersuchten Staat vorgegeben – der Art der Überstellung.

Die Unterrichtung über die Rücküberstellung erfolgt durch die zuständige Stelle (Ausländerbehörde oder Bundespolizei). Einer vorherigen Androhung und Fristsetzung bedarf es gemäß § 34a Absatz 1 Satz 3 AsylVfG nicht. In der Praxis weiß der Betroffene jedoch bereits vorab um das laufende Dublin-Verfahren und damit um eine mögliche Überstellung bzw. ist die zuständige Stelle bereits vorab über eine bevorstehende Überstellung informiert und kann den Betroffenen informieren. Auch daher ist eine Änderung der Praxis durch zusätzliche Ankündigungen oder Unterrichtungen seitens des Bundesamts nicht veranlasst.

16. Welche anderen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, für eine angemessene Frist zwischen Zustellung des Überstellungsbescheids und dem Vollzug der Überstellung zu sorgen, in der die Betroffenen die Frage nach einem Rechtsschutzantrag für sich beantworten und gegebenenfalls alles dafür Notwendige in die Wege leiten können?

Es wird auf die Antwort zu Frage 15 verwiesen.

elektronische Vorab-Fassung*

17. Welche aktuellen, neuen Kenntnisse hat die Bundesregierung zur Überstellungspraxis anderer Dublin-Staaten betreffend den Vollzug von Überstellungen nach Griechenland?

Es gibt keine Änderung zum bereits bekannten Sachstand (vgl. die Antwort zu Frage 6 der Kleinen Anfrage in Bundestagsdrucksache 16/14149).

18. Welche aktuellen, neuen Kenntnisse hat die Bundesregierung zur Überstellungspraxis der Bundesländer betreffend den Vollzug von Überstellungen nach Griechenland?

Nach derzeitigem Kenntnisstand gibt es keine Änderung zum bereits bekannten Sachstand (vgl. die Antwort zu Frage 7 der Kleinen Anfrage in Bundestagsdrucksache 17/203).

19. Wie hoch war die Quote der Asylgesuche, gemessen an der Bevölkerungsgröße, im Jahr 2009 in den Ländern der Europäischen Union (bitte im Durchschnitt und einzeln ausweisen, Angaben zumindest für die Länder Griechenland und Deutschland machen)?

Endgültige und vollständige Zahlen zu Asylbewerbern für alle Staaten der Europäischen Union für das Jahr 2009 liegen noch nicht vor. Nach vorläufigen Angaben liegt der Anteil der Asylanträge in der Europäischen Union je 1 000 Einwohner im Jahr 2009 bei etwa 0,5. Für Griechenland beträgt die Quote etwa 1,4 und für Deutschland ca. 0,3 je 1 000 Einwohner.

20. Wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung, Griechenland müsse erst einmal seinen europarechtlichen Verpflichtungen nachkommen, bevor die EU-Richtlinien geändert werden, angesichts des Umstands, dass sich die Situation in Griechenland vermutlich nicht bessern wird, solange die geltenden EU-Verteilungsregelungen Griechenland und andere EU-Randstaaten übermäßig und einseitig belasten?

Die Bundesregierung ist sich mit der Europäischen Kommission – ungeachtet der kritischen Beurteilung von Änderungsvorschlägen der Europäischen Kommission im Einzelnen – darin einig, dass vor allem eine einheitlichere Anwendung der geltenden Regelungen des EG-Rechts für die Herstellung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems von zentraler Bedeutung ist. Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass eine uneingeschränkte Anwendung des geltenden EG-Asylrechts auch in den Mitgliedstaaten möglich ist, die derzeit einen höheren Zugang von Asylbewerbern haben als andere Mitgliedstaaten. Die Bundesregierung beteiligt sich weiterhin aktiv an den Verhandlungen über Vorschläge der Europäischen Kommission zur Änderung des Asylrechts, die spätestens 2012 abgeschlossen sein sollen.

21. Auf welcher Rechtsgrundlage und aus welchen Gründen wird auf eine Anhörung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verzichtet, wenn ein „EURODAC-Treffer“ (EURODAC – europäische Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken) vorliegt, wie ist dies mit der Regelung nach § 24 Absatz 1 Satz 3 bis 5 des Asylverfahrensgesetzes vereinbar, die einen Verzicht auf eine Anhörung infolge eines EURODAC-Treffers nicht vorsieht, und hat dies zur Konsequenz, dass das Bundesamt von

elektronische Vorab-Fassung*

seiner Möglichkeit eines Selbsteintritts keinen Gebrauch mehr machen kann (wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung dies)?

Beim Verfahren nach der Dublin-Verordnung handelt es sich um eine reine Zuständigkeitsfeststellung zur Bestimmung des für die Prüfung des Asylantrags zuständigen Mitgliedstaats bzw. um die Prüfung der Zuständigkeit Islands, Norwegens oder der Schweiz. Ein materielles Verfahren wird nicht durchgeführt.

Bei Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaates bzw. Islands, Norwegens oder der Schweiz wird der Asylantrag auch nicht inhaltlich durch die Bundesrepublik Deutschland geprüft. Da kein Verfahren in der Sache durchgeführt wird, ist insoweit auch keine Anhörung durch die Dublin-Verordnung oder das Asylverfahrensgesetz vorgesehen.

Dennoch wird nicht grundsätzlich auf eine Anhörung verzichtet. Wenn z. B. ein Asylantrag in der Bundesrepublik Deutschland gestellt wurde, können sich aus der Anhörung Erkenntnisse ergeben, dass es sich um einen Dublin-Fall handelt bzw. wenn etwa Anhaltspunkte für die Möglichkeit der Ausübung des Selbsteintrittes vorliegen, erfolgt gegebenenfalls ebenfalls eine Anhörung.

Der mögliche Verzicht auf eine Anhörung hat keinesfalls die Konsequenz, dass das Selbsteintrittsrecht nicht ausgeübt wird. Bei besonders schutzbedürftigen Personen wird das Selbsteintrittsrecht im Einzelfall gegebenenfalls auch ohne Anhörung ausgeübt. Entweder wird dies nach Sach- und Aktenlage bewertet, oder das Bundesamt führt eigene Recherchen durch.

22. Wie lautet die monatliche Statistik zu Dublin-Überstellungen/Selbsteintritten/gescheiterten Überstellungen (aus unterschiedlichen Gründen) in Bezug auf Griechenland für die Jahre 2009 und 2010 (soweit vorliegend, bitte in der Form wie zu Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 17/203 angeben)?

| Jan 09 | Feb 09 | Mrz 09 | Apr 09 | Mai 09 | Jun 09 | Jul 09 | Aug 09 | Sep 09 | Okt 09 | Nov 09 | Dez 09 | Jan 10 | Feb 10 | **Gesamt** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Zustimmungen von Griechenland an Deutschland | | | | | | | | | | | | | | |
| 67 | 72 | 76 | 95 | 83 | 94 | 95 | 151 | 90 | 110 | 257 | 172 | 139 | 173 | **1 674** |
| Zu den im jeweiligen Monat erteilten Zustimmungen ergeben sich die folgenden Sachverhalte | | | | | | | | | | | | | | |
| Überstellung erfolgt | | | | | | | | | | | | | | |
| 15 | 23 | 21 | 26 | 12 | 12 | 18 | 18 | 6 | 10 | 3 | 4 | – | 3 | **171** |
| Sachverhalt für nicht vollzogene Überstellungen | | | | | | | | | | | | | | |
| Gescheitert | | | | | | | | | | | | | | |
| 8 | 3 | 10 | 4 | 8 | 17 | 19 | 30 | 16 | 12 | 10 | 4 | 1 | 2 | **144** |
| Rechtsmittel mit aufschiebender Wirkung | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 | 3 | – | 10 | 9 | 12 | 8 | 18 | 4 | 10 | 12 | 8 | 1 | 2 | **98** |
| Sonstige Gründe | | | | | | | | | | | | | | |
| – | – | 2 | 3 | 1 | 4 | 4 | 2 | 3 | 1 | 5 | 13 | 3 | 4 | **45** |
| Untergetaucht | | | | | | | | | | | | | | |
| 4 | 7 | 5 | 9 | 7 | 8 | 8 | 7 | 6 | 6 | 5 | 6 | – | – | **78** |
| Keine Angaben | | | | | | | | | | | | | | |
| 39 | 36 | 38 | 43 | 46 | 41 | 38 | 76 | 55 | 71 | 222 | 137 | 134 | 162 | **1 138** |

Stand: 22. März 2010

elektronische Vorab-Fassung*

| Jahr | Deutsche Übernahmeersuchen an Griechenland | Überstellungen an Griechenland | Ausübung Selbsteintrittsrechts gegenüber Griechenland |
|---|---|---|---|
| 2009 | 2 288 | 200 | 871 |
| Januar 2010 bis Februar 2010 (Stand: 22.03.2010) | 420 | 7 | 257 |

23. Welche Entscheidungen in der Rechtsprechung zur Frage der Zulässigkeit von Dublin-Überstellungen nach Griechenland sind der Bundesregierung inzwischen aus den Jahren 2009 und 2010 bekannt (bitte wie in Anlage 1 zu Frage 15 auf Bundestagsdrucksache 17/203 antworten, jedoch die Entscheidungen des Jahres 2010 noch einmal gesondert ausweisen), und welche Schlussfolgerungen zieht sie aus dieser Rechtsprechung?

Bekannt sind folgende Entscheidungen:

2009

| | Stattgabe | | Ablehnung |
|---|---|---|---|
| 1 | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 19.03.2009, 6 B 18/08 | | VG Ansbach, Teilurteil v. 30.10.2009, AN 3 K 08.30139 |
| 2 | VG Magdeburg, Beschluss v. 20.11.2009, 12 L 1859/09.F.A | | VG Regensburg, Beschluss v,. 28.10.2009, RO 3 E 08.30124 |
| 3 | VG Karlsruhe, Beschluss v. 14.12.2009, A 3 K 1412/08 | | VG Ansbach, Beschluss v. 02.10.2009, AN 19 E 08.30350 |
| 4 | VG Hamburg, Beschluss v. 08.06.2009, 8 AE 368/08 | | VG Stuttgart, Beschluss v. 05.10.2009, A 7 K 3732/09 |
| 5 | VG Karlsruhe, Beschluss v. 01.10.2009, A 3 K 2333/08 | | VG Leipzig, Beschluss v. 16.01.2009, A l L 1539/08 |
| 6 | VG Berlin, Beschluss v. 02.10.2009, 9 L 452.09.A | | VG Oldenburg, Beschluss v. 20.11.2009, 12 L 1859/09.F.A. |
| 7 | VG Saarland, Beschluss v. 15.10.2009, 2 L 446/08 | | VG Würzburg, Beschluss v. 30.10.2009, W 4 E 08.30121 |
| 8 | Bundesverfassungsgericht; Beschluss v. 10.12.2009, 2BvR 2767/09 | | VG Würzburg, Beschluss v. 14.12.2009, W 4 E 08.30145 |
| 9 | VG Düsseldorf, Beschluss v. 19.11.2009, 16 L 1517/08.A | | VG Augsburg, Beschluss v. 02.10.2009, Au 5 E 08.30069 |
| 10 | VG Osnabrück, Beschluss v. 28.10.2009, 5 B 124/08 | | VG Schleswig Holstein, Beschluss v. 02.03.2009, 6 A 200/08 |
| 11 | VG Karlsruhe, Beschluss v. 01.10.2009, A 10 758/09 | | Hess. VGH, Beschluss v. 22.01.2009, 10 A 8/09.Z.A. |
| 12 | VG Ansbach, Beschluss v. 15.01.2009, AN 3 S 09.30011 | | VG Köln, Beschluss v. 19.11.2009, 18 L 1502/08.A |
| 13 | VG Würzburg, Urteil v. 09.11.2009, W4E08.30198 | | VG Cottbus, Beschluss v. 05.01.2009, 7 L 373/08.A |
| 14 | VG Hamburg, Beschluss v. 04.02.2009, 8 AE 26/09 | | VG Stuttgart, Beschluss v. 10.06.2009, A 4 K 4256/08 |
| 15 | VG Hamburg, Beschluss v. 04.02.2009, 8 AE 26/09 | | VG München, Beschluss v. 13.01.2009, M 23 E 09.60000 |
| 16 | VG Weimar, Beschluss v. 11.02.2009, 5 E 20002/09We | | VG Saarlouis, Beschluss v. 02.02.2009, 2 L 65/09 |
| 17 | VG Weimar, Beschluss v. 30.10.2009, 5 E 20144/09 | | VG Oldenburg, Beschluss v. 26.01.2009, 3 B 300/09 |
| 18 | VG Neustadt, Beschluss v. 12.02.2009, 3L 101/09.NW | | VG Arnsberg, Beschluss v. 20.01.209, 13 L 857/08.A |
| 19 | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 18.02.2009, 7 L 268/09.F.A. | | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 06.02.2009, 7 L 4072/08.F.A. |

elektronische Vorab-Fassung*

| | Stattgabe | | Ablehnung |
|---|---|---|---|
| 20 | VG Münster, Beschluss v. 06.10.2009, 9 L 506/09.A | | VG Saarlouis, Beschluss v. 02.02.2009, 2 L 65/90 |
| 21 | VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 01.10.2009, A 2 S 2867/08 | | VG Saarlouis, Beschluss v. 14.12.2009, 2 L 65/90 |
| 22 | VG Kassel, Beschluss v. 06.04.2009, 4 L 354/09-KS.A | | VG Berlin, Beschluss v. 01.10.2009, 34 L 57.09 A |
| 23 | VG Stuttgart, Beschluss v. 07.04.2009, A 13 K 908/09 | | VG Kassel, Beschluss v. 19.02.2009, 3 L 86/09.KS.A |
| 24 | VG Stuttgart, Beschluss v. 30.10.2009, A 13 K 3911/09 | | VG Würzburg, Beschluss v. 19.02.2009, W 4 E 09.30019 |
| 25 | VG Düsseldorf, Beschluss v. 09.04.2009, 18 L 494/09.A | | VG Berlin, Beschluss v. 02.10.2009, 34 L 57.09 A |
| 26 | VG Oldenburg, Urteil v. 13.03.2009, 3 A 285/09 | | VG Ansbach, Beschluss v. 26.02.2009, AN 19 E 09.30051 |
| 27 | VG Stuttgart, Beschluss v. 27.04.2009, A 13 K 1503/09 | | VG Münster, Beschluss v. 04.03.2009, 9L 77/09.A |
| 28 | VG Wiesbaden Beschluss v. 26.05.2009, 7L658/09.WI.A | | VG Düsseldorf, Beschluss v. 30.10.2009, 6 L 1555/09.A |
| 29 | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 26.05.2009, 7L1399/09.A | | VG München, Beschluss v. 18.02.2009, M 17 E 09.60008 |
| 30 | VG Giessen, Beschluss v. 22.04.2009, 1 L 775/09.GI.A. | | VG Giessen, Beschluss v. 09.03.2009, 10 L 251/09.GI.A. |
| 31 | VG Ansbach, Beschluss v. 15.01.2009, AN 3 S 09.30011 | | VG Düsseldorf, Beschluss v. 05.03.2009, 16 L 151/09.A |
| 32 | VG Schwerin, Beschluss v. 01.10.2009, 5 B 293/09 As | | VG Ansbach, Beschluss v. 03.04.2009, 19 S 09.30074 |
| 33 | VG Wiesbaden, Beschluss v. 15.06.2009, 7 L 709/09.WI.A | | VG Leipzig, Beschluss v. 16.03.2009, A 6 L 50/09 |
| 34 | VG Giessen, Beschluss v. 06.07.2009, 10 L 1397/09.GI.A | | VG Kassel, Beschluss v. 11.03.2009, 10 L 69/10 |
| 35 | VG Düsseldorf, Beschluss v. 29.06.2009, 21L972/09.A | | VG Trier, Beschluss v. 24.0.2009, 2 L 154/09 |
| 36 | VG Meiningen, Beschluss v. 29.06.2009, 10 L69/10 | | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 14.04.2009, 6 B 9/09 |
| 37 | VG Minden, Beschluss v. 26.06.2009, 9 L 320/09.A | | VG Kassel, Beschluss v. 06.04.2009, 4 L 354/09-KS.A |
| 38 | VG Minden, Beschluss v. 02.07.2009, 9 L 346/09.A | | VG Kassel, Beschluss v. 02.04.2009, 3 L 300/09 |
| 39 | VG Minden, Beschluss v. 03.07.2009, 9 L 358/09.A | | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 07.04.2009, 12 B 15/09 |
| 40 | VG Stuttgart, Beschluss v. 07.04.2009, A 13 K 579/09 | | VG Ansbach, Beschluss v. 09.04.2009, AN 2S09.30102 |
| 41 | VG Minden, Beschluss v. 20.11.2009, 9 L 358/09.A | | VG Ansbach, Beschluss v. 09.04.2009, AN2E09.30107 |
| 42 | VG Frankrankfurt/Main, Beschluss v. 29.07.2009, 12 L 1859/09.F.A. | | VG Kassel, Beschluss v. 07.04.2009, 3 L 368/09.KS.A |
| 43 | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 10.07.2009, 12L1684/09.F.A. | | VG Minden, Beschluss v. 23.04.2009, 1 L 192/09.A |
| 44 | VG Freiburg, Beschluss v. 26.06.2009, A 2 K 710/09 | | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 14.04.2009, 6 B 9/09 |
| 45 | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 17.07.2009, 6 B 25/09 | | VG Oldenburg, Beschluss v. 26.01.2009, 3 B 286/09 |
| 46 | VG Schwerin, Beschluss v. 11.06.2009, 8 B 279/09 As | | VG München, Beschluss v. 30.10.2009, M 4 E 09.60021 |
| 47 | VG Minden, Beschluss v. 02.10.2009, 1 L 533/09.A | | VG Stuttgart, Beschluss v. 19.05.2009, A 2 K 1443/09 |

elektronische Vorabfassung*

| | Stattgabe | | Ablehnung |
|---|---|---|---|
| 48 | VG Düsseldorf, Beschluss v. 28.10.2009, 18 L 1084/09 | | VG Stuttgart, Beschluss v. 29.05.2009, A 2 K 1282/09 |
| 49 | VG Braunschweig, Beschluss v. 27.10.2009, 2 B 244/09 | | VG Giessen, Beschluss v. 22.05.2009, 10 L 1149/09.GI.A |
| 50 | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 28.07.2009, 12 L 2004/09.F.A. | | VG Stuttgart, Beschluss v. 28.10.2009, A 4 K 2073/09 |
| 51 | VG Meiningen, Beschluss v. 22.07.2009, 8 E 20082/09 Me | | VG Oldenburg, Beschluss v. 28.05.2009, 3 B 1148/09 |
| 52 | VG Darmstadt, Beschluss v. 09.11.2009, A 7 K 3732/09 | | VG Ansbach, Beschluss v. 02.10.2009, 19 S 09.30136 |
| 53 | VG Neustadt, Beschluss v. 10.08.2009, 3 L 728/09 NW | | VG Saarlouis, Beschluss v. 19.05.2009, 2 L 446/09 |
| 54 | VG Karlsruhe, Beschluss v. 18.08.2009, A 3 K 1581/09 | | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 12.06.2009, 2 L 1458/09.F.A.(2) |
| 55 | VG Minden, Beschluss v. 18.08.2009, 9 L 436/09.A | | VG Arnsberg, Beschluss v. 22.06.2009, 6 L 320/09.A |
| 56 | VG Sigmaringen, Beschluss v. 10.12.2009, A 1 K 1925/09 | | VG Ansbach, Beschluss v. 15.01.2009, AN 3E09.30019 |
| 57 | VG Minden, Beschluss v. 17.08.2009, 9 L 381/09.A | | VG Giessen, Beschluss v. 06.07.2009, 10 L 1397/09.GI.A |
| 58 | VG Minden, Beschluss v. 21.08.2009, 9 L 447/09.A | | VG Koblenz, Beschluss v. 13.07.2009, 7 L 697/09 KO |
| 59 | VG Giessen, Beschluss v. 28.08.2009, 2 L 1714/09.GI.A | | VG Oldenburg, Beschluss v. 08.07.2009, 3 B 1574/09 |
| 60 | VG Minden, Beschluss v. 10.09.2009, 9 L 46709.A | | VG Trier, Beschluss v. 13.07.2009, 2 L 391/09.TR |
| 61 | VG Freiburg, Beschluss v. 26.08.2009, A 5 K 1411/09 | | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 30.10.2009, 12 L 1683/09.F.A. |
| 62 | VG Minden, Beschluss v. 20.11.2009, 9 L 474/09.A | | VG Berlin, Beschluss v. 04.08.2009, VG 23 L 170.09.A |
| 63 | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 02.09.2009, 7 L 2178/09 FA 1 | | VG Berlin, Urteil v. 14.12.2009, VG 23 L 170/09.A |
| 64 | VG Würzburg, Beschluss v. 27.08.2009, W4E09.30167 | | VG Minden, Urteil v. 02.07.2009, 1 K 514/09.A |
| 65 | VG Minden, Beschluss v. 10.09.2009, 7 L 482/09.A | | OVG NRW, Beschluss v. 31.08.2009, 9 B 1198/09.A |
| 66 | VG Saarland, Beschluss v. 15.09.2009, 2 L 840/09 | | VG Minden, Beschluss v. 15.07.2009, 1 L 365/09 |
| 67 | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 29.07.2009, 12 L 1859/90.A | | VG Trier, Beschluss v. 21.07.2009, 2 L 401/09.TR |
| 68 | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 14.12.2009, 12 L 1859/90.A | | VG Stade, Beschluss v. 02.10.2009, 6 B 690/09 |
| 69 | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 11.09.2009, 7 L 2465/09.A/1 | | VG Stade, Urteil v. 06.07.2009, 6 A 691/09 |
| 70 | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 15.05.2009, 6 B 36/09 | | VG Ansbach, Beschluss v. 15.10.2009, AN 9 E 09.30133 |
| 71 | VG Köln, Beschluss v. 14.09.2009, 18 L 1414/09.A | | VG Braunschweig, Beschluss v. 23.07.2009, 2 B 160/09 |
| 72 | VG Minden, Beschluss v. 21.09.2009, 9L 526/09.A | | VG Minden, Beschluss v.- 01.09.2009, 1 L 463/09.A |
| 73 | VG Minden, Beschluss v. 01.10.2009, 7 L 525/09.A | | VG Stuttgart, Beschluss v. 30.07.2009, A 2 K 2432/09 |
| 74 | VG Minden, Beschluss v. 24.09.2009, 1 L 534/09.A | | VG Giessen, Beschluss v. 31.07.2009, 10 L 69/10 |
| 75 | VG Minden, Beschluss v. 28.10.2009, 10 L 532/09.A | | VG München, Beschluss v. 24.09.2009, M 23 E 09.60064 |

elektronische Vorab-Fassung*

| | Stattgabe | | Ablehnung |
|---|---|---|---|
| 76 | VG Minden, Beschluss v. 30.09.2009, 10 L 515/09.A | | VG Minden, Beschluss v. 12.08.2009, 10 L 396/09.A |
| 77 | VG Oldenburg, Beschluss v. 30.11.2009, 3 B 2513/09 | | VG Trier, Beschluss v. 11.08.2009, 2 L 456/09.TR |
| 78 | VG Minden, Beschluss v. 30.09.2009, 3 L 557/09.A | | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 17-.08.2009, 3 L 2145/09.F.A(2) |
| 79 | VG Trier, Beschluss v. 29.09.2009, 2 L 530/09.TR | | VG Münster, Beschluss v. 18.08.2009, 10 L 411/09.A |
| 80 | VG Berlin, Beschluss v. 02.10.2009, 9 L 452.09A | | VG Cottbus, Beschluss v. 17.08.2009, 7 L 253/09.A |
| 81 | VG Stuttgart, Beschluss v. 05.10.2009, A 7 K 3732/09 | | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 30.10.2009, 2 L 2202/09. FA 1 |
| 82 | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 07.10.2009, 12 B 72/09 | | VG Minden, Beschluss v. 07.09.2009, 9 L 486/09.A |
| 83 | OVG NRW, Beschluss v. 07.10.2009, 8 B 1433/09.A | | VG Arnsberg, Beschluss v. 09.09.2009, 13 L 531/09.A |
| 84 | BVerfG, Beschluss v. 09.10.2009, 2 BvQ 72/09 | | VG Saarland, Beschluss v. 28.09.2009, 5 L 941/09 |
| 85 | VG Stuttgart, Beschluss v. 05.10.2009, A 7 K 3732/09 | | VG Saarland, Beschluss v. 15.10.2009, 5 L 1346/09 |
| 86 | BVerfG, Beschluss v. 08.12.2009, 2BvR 2780/09 | | VG Saarland, Beschluss v. 01.12.2009, 5 L 1977/09 |
| 87 | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 10.10.2009, 5 L 2916/09.F.A.(V) | | VG Giessen, Beschluss v. 04.12.2009, 10 L 2154/09.GI.A |
| 88 | VG Minden, Beschluss v. 13.10.2009, 10 L 579/09.A | | VG Oldenburg, Beschluss v. 21.12.2009, 3 B 2642/09 |
| 89 | VG Minden, Beschluss v. 19.10.2009, 7 L 586/09.A | | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 11.09.2009, 3 L 2155/09.F.A. |
| 90 | VG Düsseldorf, Beschluss v. 14.10.2009, 18 L 1542/09.A | | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 12.10.2009, 3 LM 2788/ 09.F.A.(V) |
| 91 | VG Regensburg, Beschluss v. 20.10.2009, RN 4 E 09.30220 | | VG Arnsberg, Beschluss v. 22.06.2009, 6 L 320/09.A |
| 92 | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 23.10.2009, 7 B 30/09 | | VG Leipzig, Beschluss v. 20.11.2009, A 1 L 344/09 |
| 93 | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 28.10.2009, 12 B 76/09 | | VG Ansbach, Beschluss v. 11.11.2009, AN 9 E09.30352 |
| 94 | VG Regensburg, Beschluss v. 23.10.2009, RN 5 E 09.30234 | | VG Düsseldorf, Beschluss. V. 30.10.2009, 6 L 1544/09.A |
| 95 | VG Regensburg, Beschluss v. 23.10.2009, RN 5 E 30235 | | VG Düsseldorf, Beschluss v. 02.11.2009, 13 L 1570/09.A |
| 96 | VG Chemnitz, Beschluss v. 29.10.2009, A 4 L 1666/09 | | VG Ansbach, Beschluss v. 30.09.2009, AN 19 E 30330 |
| 97 | VG Berlin, Beschluss v. 23.11.2009, VG 23 L 277.09A | | VG Berlin, Beschluss v. 09.10.2009, 3 L 2381/09.F.A.(1) |
| 98 | VG Saarlouis, Beschluss v. 27.10.2009, 2 L 1443/09 | | VG Ansbach, Beschluss v. 08.10.2009, AN 14v E 09.30329 |
| 99 | VG Chemnitz, Beschluss v. 02.11.2009, A 2 L 343/09 | | VG Stuttgart, Beschluss v. 27.04.2009, A 2 K 1205/09 |
| 100 | VG Weimar, Beschluss v. 30.10.2009, 5 E 20139/09 We | | VG Düsseldorf, Beschluss v. 30.10.2009, 16 L 1555/09.A |
| 101 | VG Weimar, Beschluss v. 30.10.2009, 5 E 20138/09 We | | VG Arnsberg, Beschluss v. 05.11.2009, 7 L 652/09 |
| 102 | VG Minden, Beschluss v. 02.11.2009, 9 L 617/09.A | | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 21.10.2009, 3 L 2936/09.F.A.(1) |
| 103 | BVerfG, Beschluss v. 10.12.2009, 2 BvR 2767/09 | | VG Hamburg, Beschluss v. 16.12.2009, 5 AE 442/09 |

elektronische Vorab-Fassung*

| | Stattgabe | | Ablehnung |
|---|---|---|---|
| 104 | VG Schleswig Holstein, Beschluss v. 07.10.2009, 12 B 72/09 | | – |
| 105 | VG Stuttgart, Beschluss v. 30.10.2009, A 13 K 3919/09 | | – |
| 106 | VG Schwerin, Beschluss v. 23.06.2009, 5 B 293/09 As | | – |
| 107 | VG Minden, Beschluss v. 04.11.2009, 9 L 627/09.A | | – |
| 108 | VG Berlin, Beschluss v. 09.11.2009, VG 23 L 284/09A | | – |
| 109 | VG Oldenburg, Beschluss v. 09.11.2009, 3 B 2837/09 | | – |
| 110 | VG Sigmaringen, Beschluss v. 27.10.2009, A 1 K 1758/09 | | – |
| 111 | VG Berlin, Beschluss v. 10.11.2009, VG 23 L 279.09A | | – |
| 112 | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 12.11.2009, 5 L 3691/09.F.A.(V) | | – |
| 113 | VG Minden, Beschluss v. 19.11.20090, 10 L 640/09.A | | – |
| 114 | VG Oldenburg, Beschluss v. 09.11.2009, 3 B 2947/09 | | – |
| 115 | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 80/09 | | – |
| 116 | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 82/09 | | – |
| 117 | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 81/09 | | – |
| 118 | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 78/09 | | – |
| 119 | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 79/09 | | – |
| 120 | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 10.11.2009, 12 B 83/09 | | – |
| 121 | BVerfG, Beschluss v. 13.11.2009, 2 BvR 2603/09 | | – |
| 122 | VG Hannover, Beschluss v. 20.11.2009, 7 B 5716/09 | | – |
| 123 | OVG Niedersachsen, Beschluss v. 19l.11.2009, 13 MC 166/09 | | – |
| 124 | VG Minden, Beschluss v. 16.11.2009, 1 L 644/09.A | | – |
| 125 | VG Oldenburg, Beschluss v. 12.11.2009, 3 B 2 496/09 | | – |
| 126 | VG Düsseldorf, Beschluss v. 20.11.2009, 2 L 1770/09.A | | – |
| 127 | VG Düsseldorf, Beschluss v. 14.12, 2 L 1770/09.A | | – |
| 128 | VG Schwerin, Beschluss v. 26.11.2009, 5 B 1215/09 As | | – |
| 129 | VG Koblenz, Beschluss v,. 20.11.2009, 2 L 1240/09.KO | | – |
| 130 | VG Oldenburg, Beschluss v. 09.11.2009, 3 A 2836/09 | | – |
| 131 | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 30.11.2009, 6 B 49/09 | | – |

elektronische Vorab-Fassung*

| | Stattgabe | | Ablehnung |
|---|---|---|---|
| 132 | VG Magdeburg, Beschluss v. 30.11.2009, 2 B 289/09/MD | | – |
| 133 | VG Arnsberg, Beschluss v. 30.11.2009, 13 L 713/09.A | | – |
| 134 | VG Schwerin, Beschluss v. 25.11.2009, 5 B 1245/09 As (Person 1) | | – |
| 135 | VG Schwerin, Beschluss v. 25.11.2009, 5 B 1245/09 (Person 2) | | – |
| 136 | VG Schwerin, Beschluss v. 25.11.2009, 5 B 1245/09 (Person 3) | | – |
| 137 | VG Schwerin, Beschluss v. 25.11.2009, 5 B 1245/09 (Person 4) | | – |
| 138 | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 27.11.2009, 6 B 47/09 | | – |
| 139 | VG Berlin, Beschluss v. 01.12.2009, VG 33 L 256.09A | | – |
| 140 | VG Berlin, Beschluss v. 27.11.2009, VG 33 L 241.09A | | – |
| 141 | VG Berlin, Beschluss v. 09.12.2009, VG 33 L 255. 09A | | – |
| 142 | VG Düsseldorf, Beschluss v. 08.12.2009, 13 L 1840/09.A | | – |
| 143 | BVerfG, Beschluss v. 22.12.2009, 2 BvR 2879/09 | | – |
| 144 | VG Saarlouis, Beschluss v. 03.12.2009, 2 L 1973/09 | | – |
| 145 | VG Oldenburg, Beschluss v. 07.12.2009, 3 2849/09 | | – |
| 146 | VG Magdeburg, Beschluss v. 03.12.2009, 4 B 572/09 MD | | – |
| 147 | VG Oldenburg, Beschluss v. 11.12.2009, 10 L 69/10 | | – |
| 148 | VG Düsseldorf, Beschluss v. 11.12.2009, 11 L 1926/09.A | | – |
| 149 | VG Berlin, Beschluss v. 11.12.2009, VG 33 L 265.09A | | – |
| 150 | VG Oldenburg, Beschluss v. 11.12.2009, 3 B 3201/09 | | – |
| 151 | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 15.12.2009, 6 B 57/09 | | – |
| 152 | VG Berlin, Beschluss v. 16.12.2009, VG 34 L 442.09A | | – |
| 153 | VG Berlin, Beschluss v. 16.12.2009, VG 34 L 467.09A | | – |
| 154 | VG Oldenburg, Beschluss v. 10.12.2009, 3 B 3048/09 | | – |
| 155 | VG Koblenz, Beschluss v. 17.12.2009, 1 L 1383/09.KO | | – |
| 156 | VG Weimar, Beschluss v. 11.12.2009, 7 E 20198/09 We | | – |
| 157 | VG Weimar, Beschluss v. 11.12.2009, 7 E 20200/09 We | | – |
| 158 | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 30.10.2009, 5 L 3380/09.F.A. | | – |
| 159 | VG Düsseldorf, Beschluss v. 11.12.2009, 11 L 1926/09.A | | – |

Elektronische Vorab-Fassung*

| | Stattgabe | | Ablehnung |
|---|---|---|---|
| 160 | VG Hamburg, Beschluss v. 10.11.2009, 5 AE 408/90 | | – |
| 161 | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 26.08.2009, 7B 23/09 | | – |

2010:

| | Stattgabe | | Ablehnung |
|---|---|---|---|
| 1 | VG Würzburg, Urteil v. 08.02.2010, 8 E 20018/10 Me | | VG Berlin, Beschluss v. 19.02.2010, 3L66/10.A |
| 2 | VG Minden, Beschluss v. 26.01.2010, 1 L 408/08.A | | VG Osnabrück, Beschluss v. 29.01.2010, 5B7/10 |
| 3 | VG Ansbach, Urteil v. 08.02.2010, AN 3 K 09.30012 | | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 19.02.2010, 3 L 66/10.A |
| 4 | VG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 22.01.2010, 10L72/10.A | | VG Saarlouis, Beschluss v. 02.03.2010, 5B29/10 |
| 5 | VG Meiningen, Beschluss v. 08.02.2010, 8 E 20018/10 Me | | VG Düsseldorf, Beschluss v. 19.02.2010, 3 L 66/10.A |
| 6 | VG Meiningen, Beschluss v. 26.01.2010, 5E20037/09 | | VG Kassel, Beschluss v. 22.02.2010, 10 L 72/10.A |
| 7 | VG Osnabrück, Beschluss v. 29.01.2010, 5 B 7/10 | | VG Schleswig-Holstein v. 02.03.2010, 5 B 29/10 |
| 8 | VG Meiningen, Beschluss v. 16.03.2010, 8 E 20037/10.Me | | VG Mainz, Beschluss v. 08.02.2010, L 649/09 MZ |
| 9 | VG Meiningen, Beschluss v. 22.02.2010, 10 L72/10.A | | VG Giessen, Beschluss v. 22.02.2010, 10 L72/10.A |
| 10 | VG Meiningen, Beschluss v. 19.02.2010, 5 E 20022/10 Me | | VG Neustadt, Beschluss v. 25.02.2010, 3 L 139/10.NW |
| 11 | VG Stuttgart, Beschluss v. 25.01.2010, A 2 K 3645/09 | | VG Minden, Beschluss v. 02.03.2010, 5 B 29/10 |
| 12 | VG Meiningen, Beschluss v. 08.02.2010, 8 E 20018/10 Me | | VG Düsseldorf, Beschluss v. 19.02.2010, 3 L 66/10.A |
| 13 | VG Köln, Beschluss v. 26.01.2010, 21 L 1415/09.A | | VG Arnsberg, Beschluss v. 12.01.2010, 4 L 796/09.A |
| 14 | VG Osnabrück, Beschluss v. 29.01.2010, 5 B 7/10 | | VG Düsseldorf, Beschluss v. 08.01.2010, 5 L 2020/09.A |
| 15 | VG Minden, Beschluss v. 08.02.2009, 9 L 562/09.A | | VG Münster, Beschluss v. 08.02.2010, 10 L 69/10 |
| 16 | VG Berlin, Beschluss v. 26.01.2010, VG 33 L 225.09A | | VG Oldenburg, Beschluss v. 01.02.2010, 3 B 2823/09 |
| 17 | VG Düsseldorf, Beschluss v. 19.01.2010, 16 L 1651/09.A | | VG Arnsberg, Beschluss v. 09.03.2020, 13 L 162/10.A |
| 18 | VG Osnabrück, Beschluss v. 29.01.2010, 5 B 7/10 | | VG Berlin, Beschluss v. 05.03.2010, VG 34 L 42.10A |
| 19 | VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 11.01.2010, A 2 S 712/09 | | – |
| 20 | VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 02.03.2010, 5 B 29/10 | | – |
| 21 | VG Karlsruhe, Beschluss v. 08.02.2010, A 3 K 2399/09 | | – |
| 22 | VG Oldenburg, Beschluss v. 22.02.2010, 10 L 72/10.A | | – |
| 23 | VG Oldenburg, Beschluss v. 02.03.2010, 5 B 29/10 | | – |
| 24 | VG Minden, Beschluss v. 08.01.2010, 12 L 9/10.A | | – |
| 25 | VG Koblenz, Beschluss v. 02.02.2010, 1 L 1371/09.KO | | – |

Elektronische Vorab-Fassung*

| | Stattgabe | | Ablehnung |
|---|---|---|---|
| 26 | VG Frankfurt/Oder. Beschluss v. 06.01.2010, VG 7 L 319/09.A | | – |
| 27 | VG Braunschweig, Beschluss v. 08.01.2010, 2 B 292/09 | | – |
| 28 | VG Minden, Beschluss v. 14.01.2010, 1 L 19/10.A | | – |
| 29 | VG Dresden, Beschluss v. 10.01.2010, A 7 L 19/10 | | – |
| 30 | VG Düsseldorf, Beschluss v. 19.01.2010, 16 L 1651/09.A | | – |
| 31 | VG Weimar, Beschluss v. 11.01.2010, 5 E 20217/09 We | | – |
| 32 | VG Düsseldorf, Beschluss v. 15.01.2010, 16 L 1829/09.A | | – |
| 33 | VG Chemnitz, Beschluss v. 20.01.2010, A 5 L 16/10 | | – |
| 34 | VG Arnsberg, Beschluss v. 22.01.2010, 13 L 50/10.A | | – |
| 35 | VG Berlin, Beschluss v. 19.01.2010, VG 33 L 270.09A | | – |
| 36 | VG Meiningen, Beschluss v. 08.02.2010, 8 E 20018/10 Me | | – |
| 37 | VG Berlin, Beschluss v. 26.01.2010, VG 23 L 11.10A | | – |
| 38 | VG Minden, Beschluss v. 25.01.2010, 12 L 34/10.A | | – |
| 39 | VG Hamburg, Beschluss v. 18.01.2010, 10 AE 10/10 | | – |
| 40 | VG Schwerin, Beschluss v. 09.02.2010, 5 B 32/10AS | | – |
| 41 | VG Minden, Beschluss v. 27.01.2010, 1 L 42/10.A | | – |
| 42 | VG Minden, Beschluss v. 27.01.2010, 1 L 45/10.A | | – |
| 43 | VG München, Beschluss v. 29.01.2010, M 21 E 10.30023 | | – |
| 44 | VG München, Beschluss v. 24.02.2010, M 21 S 10.30026 | | – |
| 45 | VG Osnabrück, Beschluss v. 29.01.2010, 5 B 7/10 | | – |
| 46 | VG München, Beschluss v. 28.01.2010, M 23 E 09.60088 | | – |
| 47 | VG Potsdam, Beschluss v. 10.02.2010, VG 7 l 30/10.a | | – |
| 48 | VG Berlin, Beschluss v. 01.02.2010, VG 33 L 21.10A | | – |
| 49 | VG Augsburg, Beschluss v. 01.02.1010, Au 5 S 10.30014 | | – |
| 50 | VG Trier, Beschluss v. 09.02.2010, 1 L 50/10.TR | | – |
| 51 | VG Bayreuth, Beschluss v. 03.02.2010, B 3 E 10.30011 | | – |
| 52 | VG Osnabrück, Beschluss v. 01.03.2010, 5 B 15/10 | | – |
| 53 | VG München, Beschluss v. 03.02.2010, M 2 E 09.60112 | | – |

elektronische Vorab-Fassung*

| | Stattgabe | | Ablehnung |
|---|---|---|---|
| 54 | VG Meiningen, Beschluss v. 08.02.2010, 8 E 20009/10 Me | | – |
| 55 | VG Osnabrück, Beschluss v. 10.02.2010, 5 B 9/10 | | – |
| 56 | VG Osnabrück, Beschluss v. 02.03.2010, 5 B 29/10 | | – |
| 57 | VG Minden, Beschluss v. 17.02.2010, 12 L 76/10.A | | – |
| 58 | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 05.03.2010, 7 L 337/10.F.A.(V) | | – |
| 59 | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 05.03.2010, 7 L 339/10.F.A.(V) | | – |
| 60 | VG Frankfurt/Main, Beschluss v. 05.03.2010, 7 L 343/10.F.A.(V) | | -- |
| 61 | VG Berlin, Beschluss v. 18.02.2010, VG 33 L 59.10A | | -- |
| 62 | VG Osnabrück, Beschluss v. 01.03.2010, 5 B 27/10 | | -- |
| 63 | VG Dresden, Beschluss v. 04.03.2010, A 7 L 37/10 | | -- |
| 64 | VG Arnsberg, Beschluss v. 15.03.2010, 13 L 182/10.AVG Minden, Beschluss v. 16.03,2010, 12 L 144/10.A | | – |
| 65 | VG Arnsberg, Beschluss v. 22.03.2010, 6 L 195/10.A | | – |
| 66 | VG Saarlouis, Beschluss v. 22.03.2010, 2 L 226/10 | | – |

Stand: 24. März 2010

Zu den Schlussfolgerungen wird auf die Antworten der Bundesregierung zu den Fragen 1, 5 und 16 der Kleinen Anfrage in Bundestagsdrucksache 17/203 verwiesen.

24. Wie bewertet die Bundesregierung zu den Plänen der Europäischen Kommission, durch Änderung der Dublin-II-Verordnung einen effektiven Rechtsschutz mit aufschiebender Wirkung im Dublin-Verfahren verpflichtend vorzusehen, und wie hat sie sich diesbezüglich bislang in den europäischen Gremien verhalten bzw. wie wird sie sich künftig zu dieser Frage verhalten?

Die Bundesregierung setzt sich bei den Verhandlungen für die Beibehaltung der bisher geltenden Rechtslage gemäß Artikel 19 Absatz 2 der sog. Dublin-Verordnung (EG Nr. 343/2003 v. 18. Februar 2003) ein. Der Text lautet wie folgt:

„(2) Die Entscheidung nach Absatz 1 ist zu begründen. Die Frist für die Durchführung der Überstellung ist anzugeben, und gegebenenfalls der Zeitpunkt und der Ort zu nennen, zu dem bzw. an dem sich der Antragsteller zu melden hat, wenn er sich auf eigene Initiative in den zuständigen Mitgliedstaat begibt. Gegen die Entscheidung kann ein Rechtsbehelf eingelegt werden. Ein gegen die Entscheidung eingelegter Rechtsbehelf hat keine aufschiebende Wirkung für die Durchführung der Überstellung, es sei denn, die Gerichte oder zuständigen Stellen entscheiden im Einzelfall nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts anders, wenn es nach ihrem innerstaatlichen Recht zulässig ist.“

elektronische Vorab-Fassung*

elektronische Vorab-Fassung*

elektronische Vorab-Fassung*

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333